

23. Mai 1950

Im Namen des Rechts.

Verkündet am 8. Mai 1950  
Taxacher, ap. J. Assistent  
als Urkundsbeamter der Geschäfts-  
stelle.

Strafsache

gegen den Hilfsarbeiter Johann Heinrich August H e b b e l ,  
geboren am 17. August 1905 in Itzehoe, wohnhaft in Eckern-  
förde, Klaus-Groth-Straße 4,  
wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit und gefährlicher  
Körperverletzung.

Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Schwur-  
gerichts in Itzehoe vom 5. Juli 1949 hat der II. Strafsenat des  
Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Köln in der  
Sitzung vom 8. Mai 1950, an der teilgenommen haben:

Senatspräsident Dr. Groß	als Vorsitzender,
Richter beim OGH Dr. Dr. Wimmer, Hilfsrichter Dr. Engels	als beisitzende Richter,
Erster Staatsanwalt Dr. Lange	als Beamter der Staats- anwaltschaft,
ap. Justitassistent Taxacher	als Urkundsbeamter,

für Recht erkannt:

Die Revision des Angeklagten wird auf seine Kosten verworfen.

G r ü n d e .

Der Angeklagte war durch Urteil der Strafkammer in Itzehoe vom  
11. September 1947 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden,  
weil er gemeinschaftlich mit den Mitangeklagten Debus und Feldvoß  
am 16. Juli 1933 in Münsterdorf politische Gegner mit gefährli-  
chen Werkzeugen mißhandelt und damit ein Verbrechen gegen die  
Menschlichkeit begangen habe. Seine Revision wurde vom Oberlandes-  
gericht Kiel mit der Maßgabe verworfen, daß er wegen gefährlicher  
Körperverletzung verurteilt wurde. Das Landgericht hat seinem  
auf die Beibringung neuer Tatsachen und Beweismittel gestützten  
Wiederaufnahmeantrag nach Beweiserhebung entsprochen und die Er-  
neuerung der Hauptverhandlung <sup>246</sup> angeordnet. Das Schwurgericht hat  
das Strafkammerurteil vom 11. September 1947 mit der Maßgabe  
aufrechterhalten, daß der Angeklagte wegen Verbrechens gegen die  
Menschlichkeit in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung in  
zwei Fällen zu der in dem erwähnten Urteil erkannten Gefängnis-  
strafe von einem Jahr verurteilt sei. Hiergegen richtet sich die  
Revision des Angeklagten, mit der er die Sach- und die Verfahrens-  
beschwerde geltend macht.

1. Die Revision rügt zunächst, daß der Staatsanwalt die Anklage entgegen der Vorschrift des § 243 Abs.2 StPO nicht im Anschluß an die Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse, sondern erst nach der Beweisaufnahme und den Aussagen des Verteidigers vorgetragen habe. Diese Behauptung ist durch das Sitzungsprotokoll bestätigt. Danach hat der Staatsanwalt die Anklageschrift erst vorgetragen, nachdem er und der Verteidiger im Anschluß an die Beweisaufnahme plädiert und Anträge gestellt hatten.

Der ~~wieder~~ anstelle der Verlesung eines Eröffnungsbeschlusses getretene Vortrag der Anklage bildet formell und materiell die Grundlage für Hauptverhandlung und Urteil. Durch die Anklage wird förmlich festgestellt, über welche Tat (§ 264 StPO) verhandelt werden soll, und nach welchen Strafbestimmungen sie beurteilt wird, innerhalb welcher prozessualer Grenzen also sich das Verfahren zu bewegen hat (RGSt.Bd.23 S.310). Der Vortrag der Anklage vor Beginn der Sachverhandlung hat den doppelten Zweck einmal dem Angeklagten und dem Verteidiger die erhobene Anschuldigung nochmals deutlich zu Bewußtsein zu bringen und so eine sachgemäße Verteidigung zu ermöglichen, vor allem aber auch denjenigen Richter, die die Akten nicht kennen, insbesondere die <sup>berufenen</sup> Laienrichter, erstmals mit dem Gegenstande der Verhandlung bekanntzumachen, damit sie ihre Aufmerksamkeit auf die wesentlichen Punkte richten können (RG.GA.Bd.66 S.87; RG.JW.1938 S. Nr.9). Die Erreichung dieser vom Gesetzgeber angestrebten Ziele erfordert es auch, daß der Vortrag der Anklage an der ihm als Basis und Einleitung der Sachverhandlung gebührenden, vom Gesetz vorgesehenen Stelle in der Hauptverhandlung erfolgt und nicht willkürlich hinter die Einlassung des Angeklagten zur Sache oder gar hinter die Beweisaufnahme und die Plädoyers verschoben wird (RGSt.Bd.23 S.311).

Für das Wiederaufnahmeverfahren kann nichts anderes gelten (RGSt.Bd.4 S.428; RG.Recht 1921 Nr.2296). Denn durch die Anklage und die Verhandlung der Wiederaufnahme und der Erneuerung der Hauptverhandlung verliert das frühere Urteil - abgesehen lediglich von dem, was der reformatio in peius - mitsamt der ihm zugrunde liegenden Feststellungen und der ihm vorausgegangenen Verhandlung, einschließlich des Vortrags der Anklage, jede rechtliche Wirkung (RGSt.Bd.30 S.421, Bd.57 S.317). Die prozessuale Lage ist demnach so, als ob erstmalig über die Anschuldigung verhandelt wird, insbeson-<sup>e</sup>dere müssen <sup>daher</sup> auch die neuen Richter vor Beginn der Sa-



handlung mit dem Gegenstande der Anklage amtlich bekanntgemacht werden.

Der somit durch verspäteten Vortrag der Anklage unterlaufene Prozeßverstoß führt zu einer Aufhebung des angefochtenen Urteils indes nur dann, wenn das Urteil auf ihm beruht (§ 337 StPO), und es ist wiederholt entschieden worden, daß ausnahmsweise eine genügende Unterrichtung der Verhandlungsteilnehmer über den Untersuchungsgegenstand auch in anderer Form, als durch Vortrag der Anklage, etwa durch Bekanntgabe seitens des Vorsitzenden oder durch Verlesung des Revisionsurteils, erreicht werden kann (RG. GA.Bd.38 S.432, Bd.66 S.88; RG.JW.1932 S.2727 Nr.24, 1938 S.3293 Nr.9).

Ausweislich des Sitzungsprotokolls sind im Anschluß an die Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse die hauptsächlichsten <sup>Teile des Ablaufs</sup> ~~Aktenstücke~~ des bisherigen gerichtlichen Verfahrens, insbesondere die einschlägigen Abschnitte des Straf- kammer- und des Revisionsurteils, sowie die wesentlichen Vorgänge des Wiederaufnahmeverfahrens, in umfassender Weise zum Gegenstande der Verhandlung gemacht worden. Aus diesen zum Verhandlungsgegenstand gemachten, im Sitzungsprotokoll genau bezeichneten Aktenteilen ergab sich für alle Verhandlungsteilnehmer eindeutig klar, was dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht wurde, und wie seine Tat bisher rechtlich beurteilt worden war. Ihr Inhalt wies darüber hinaus nachdrücklich auf den entscheidenden Punkt der Wiederaufnahmeverhandlung, nämlich auf die Frage der Personengleichheit des Angeklagten mit dem Täter, hin und vermochte es daher in vollkommenerer Weise, als das durch die bloße Verlesung der Anklage erreichbar gewesen wäre, <sup>mit dem Gegenstande der Verhandlung bekannt zu machen und dabei</sup> die Aufmerksamkeit der Beteiligten auf die als Ergebnis des bisherigen Verfahrens herauskristallisierte Hauptfrage zu lenken. Nach dieser ganzen Sachlage unterliegt es keinem Zweifel, daß die Zwecke, die das Gesetz mit der Verlesung der Anklage vor Eintritt in die Sachverhandlung verfolgt, an eben dieser Verhandlungsstelle durch die Eröffnung des bisherigen Verfahrensverlaufes in zumindest gleichwertiger Weise erreicht worden ist.

Diese Auffassung wird auch dadurch als zutreffend bestätigt, daß weder der Angeklagte noch sein Verteidiger, die nach dem verspäteten Vortrag der Anklage Gelegenheit zu Ausführungen erhielten und lediglich die bisher gestellten Anträge wiederholten, eine Erneuerung der Verhandlung mit der Begründung beantragt haben, es sei bisher während der Vernehmung des Angeklagten zur

Sache, während der Beweisaufnahme und der Plädoyers mangels rechtzeitiger Verlesung der Anklage der Untersuchungsgegenstand nicht ausreichend bestimmt gewesen. Denn aus dieser Unterlassung einer sofortigen Rüge ergibt sich klar, daß eine mangelnde Deutlichkeit des Verhandlungsgegenstandes von der Verteidigung nicht als störend bemerkt worden ist.

In dieser, nach dem dargelegten Zweck des § 243 Abs. 2 StPO allein erheblichen Richtung sieht nicht einmal die Revision eine Beschwer. Sie beanstandet vielmehr nur, daß durch die verspätete Verlesung der Anklage der Eindruck des Verteidigers vernichtet worden sei. Dieser Gesichtspunkt ist in der Sache völlig ohne Belang. Denn der Staatsanwaltschaft stand gemäß § 258 Abs. 2 StPO das Recht der Erwidderung zu und es war ihr freigelegt, auch bei dieser Gelegenheit den Inhalt der Anklage darzutragen.

Die gerügte Verletzung des § 243 Abs. 2 StPO kann nach dem im vorliegenden Falle den Bestand des angefochtenen Urteils nicht gefährden.

Auch die anderweiten Revisionsangriffe sind unbegründet.

2. Gemäß § 267 StPO müssen die Urteilsgründe im Falle der Urteilsaufhebung nur die für erwiesen erachteten Tatsachen angeben, ~~denen~~ <sup>denen</sup> ~~welchen~~ die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung zu entnehmen werden. Dagegen verpflichtet weder diese Vorschrift noch die Bestimmung des § 261 StPO das Gericht dazu, sich in den Urteilsgründen mit sämtlichen als beweiserheblich in Frage kommenden Umständen ausdrücklich auseinanderzusetzen (BayObLG, JW 1972 Nr. 8). Eine völlig lückenlose und zwingende Darlegung der Beweismittel wäre auch schon deshalb unerreichbar, weil jede und damit auch die richterliche Ueberzeugung von der Wahrheit, Unwahrheit oder Nichterweisbarkeit vergangener Tatsachen notwendig nicht nur auf verstandesmäßigen Erwägungen, sondern wesentlich auch auf gefühlsmäßigen Eindrücken beruht, die der logischen Rechtfertigung nicht <sup>restlos</sup> ~~weiter~~ zugänglich sind. Wenn nach der Revision das Fehlen weiterer Urteilsausführungen hinsichtlich des von ihr in Zweifel gezogenen Wahrheitswillens des Zeugen Feldvoß beanstandet, so weicht sie sich damit nicht gegen einen Rechtsverstoß.

Vergebens bemüht die Revision sich ferner darum, in der Beweismittelwürdigung des Schwurgerichtes Denkfehler und Widersprüche aufzuzeigen. Mit ihren Erwägungen tatsächlicher Art wendet sie sich nicht gegen die Anwendung des Gesetzes, sondern in un-



siger Weise gegen die Schlüssigkeit der Beweiswürdigung, insbesondere war es dem Schwurgericht nach dem Grundsatz der freien Beweiswürdigung unbenommen, der Bekundung des Zeugen Feldvoß die Ueberzeugung von der Wahrheit einer Tatsache zu entnehmen, hinsichtlich welcher der Zeuge selbst erklärte, daß er nach 16 Jahren keinen Eid mehr darauf leisten möchte. Die Verantwortung für die materielle Richtigkeit der gezogenen Schlußfolgerungen muß das Revisionsgericht dem Tatrichter überlassen, der den entscheidenden Vorzug unmittelbarer persönlicher Eindrücke genießt.

3. Nach Feststellung des Schwurgerichts sind am 16. Juli 1933 in Münsterdorf gelegentlich einer Aktion gegen politische Gegner der NSDAP u.a. der Zeuge Struck und der gefallene Sohn des Zeugen Kaste, die Mitglieder des Reichsbanners und der SPD waren, nach vergeblicher Vernehmung von mehreren SA-Männern auf einer Kegelbahn mit Peitschen und Gummiknütteln schwer mißhandelt worden. Der Angeklagte war bei der Mißhandlung des Kaste zugegen; dem Struck hielt er unmittelbar vor der Mißhandlung die Peitsche unter die Nase und sagte dabei: "Damit Ihr wißt, was hier los ist." Das Schwurgericht hat nicht für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte selbst geschlagen hätte; es hat aber festgestellt, daß er durch seine Anwesenheit die Uebermacht der SA vergrößert und damit die Opfer gegenüber den Mißhandlungen umso wehrloser gemacht, sowie daß er die Mißhandlungen gebilligt und als eigene gewollt habe.

Damit sind die gesetzlichen Merkmale der gefährlichen Körperverletzung in zwei Fällen und eines tateinheitlichen Verbrechens gegen die Menschlichkeit rechtlich bedenkenfrei festgestellt. Einem das frühere Erkenntnis berichtigenden Schuldspruch wegen dieser Straftaten stand die Vorschrift des § 373 Abs. 2 StPO nicht entgegen, die nur eine Verhängung härterer Strafe, nicht eine ungünstigere rechtliche Beurteilung untersagt. Auch die Strafzumessungsgründe enthalten keinen zum Nachteil des Angeklagten ausschlagenden Rechtsfehler.

Entsprechend dem Antrage des Generalstaatsanwaltes war daher die Revision des Angeklagten unter Kostenfolge aus § 473 StPO zu verwerfen.

L. Grupp

W. Grupp

W. Grupp